

Wo schlägt das kommunale Herz? 10 Fragen - 10 Antworten

KPV KOM
VEREIN
DEUTSC



Wo schlägt das kommunale Herz?

10 Fragen - 10 Antworten von Friedrich Merz, Annegret Kramp Karrenbauer und Jens Spahn

1. Welche kommunalpolitische Erfahrung bringen Sie mit?

Friedrich Merz:

Ich bin 1955 geboren und im östlichen Sauerland aufgewachsen. Während meiner Referendarzeit und in den ersten beiden Berufsjahren habe ich in Saarbrücken gewohnt und war dort sachkundiger Bürger für die CDU im Rat der Stadt Saarbrücken. In dieser Zeit habe ich die Kommunalpolitik kennen- und schätzen gelernt. Heute ist wieder das Sauerland mein Zuhause. Hier fühle ich mich verwurzelt. Von 1989 bis 1994 war ich als Europaabgeordneter tätig, bevor ich 1994 mit der CDU für den Wahlkreis Hochsauerland in den Deutschen Bundestag einzog. Von 1998 bis 2000 war ich stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 2000 bis 2002 ihr Vorsitzender und 2002 bis 2004 erneut ihr stellvertretender Vorsitzender. Seit meiner Jugend bin ich politisch engagiert. 1972 trat ich als 17-Jähriger in die CDU ein und war Vorsitzender der Jungen Union Brilon. Nach neun Jahren Pause, in denen Politik zwar nicht mein Beruf war, aber immer meine Leidenschaft geblieben ist, will ich mich nun wieder aktiv in die Partei- und Bundespolitik einbringen, um die Zukunft Deutschlands mitzugestalten.

Annegret Kramp-Karrenbauer:

Ich habe meine politische, ehrenamtliche Laufbahn im Stadtrat meiner Heimatstadt begonnen. Ich war 18 Jahre lang Mitglied dieses Stadtrates, davon sechs Jahre als ehrenamtliche Beigeordnete, war sieben Jahre lang Innen- und Kommunalministerin und habe natürlich auch als Ministerpräsidentin und in den anderen Ministerämtern immer sehr eng und sehr viel mit der kommunalen Ebene, sei es Kreis- oder sei es städtische oder Gemeindeebene zusammengearbeitet.

Jens Spahn:

Mein politischer Weg begann auf der kommunalen Ebene und das habe ich bis heute nicht vergessen. Von 1999 bis 2009 war ich Mitglied des Stadtrates in Ahaus und von 2009 bis 2015 Kreistagsmitglied im Kreis Borken. Bis heute engagiere ich mich als CDU Kreisvorsitzender im Verband Borken mit rund 5.000 Mitgliedern. Diese Verwurzelung mit meiner Heimat bedeutet mir viel, gerade auch weil ich auf der kommunalen Ebene sehr viel Grundsätzliches über Politik, Zusammenleben, Zusammenhalt und Heimat lernte und bis heute lerne. Dort sind die Dinge nicht abstrakt und anonym. Dort werden konkret und unmittelbar Probleme offen angesprochen, es wird gemeinsam diskutiert und dann werden die Dinge auch zusammen gelöst. Diese Haltung, diese Arbeitsweise, dieses Verständnis von Politik, Debattenkultur und Miteinander könnten wir auf der Bundesebene auch wieder gut gebrauchen.

2. Welche Bedeutung messen Sie der Kommunalpolitik bei?

Friedrich Merz:

Konrad Adenauer hat einmal gesagt, die Kommunalpolitik sei die Schule der Demokratie. Diesen Grundsatz teile ich. Durch die grundgesetzlich verankerte kommunale Selbstverwaltung verfügen die deutschen Gebietskörperschaften über eine politische und finanzielle Stärke, die – mit wenigen Ausnahmen – in Europa ihres Gleichen sucht. Diese Stärke gilt es zu erhalten. Lebensqualität, Sicherheit und Pluralität bekommen in den Gemeinden, Märkten, Städten, Landkreisen und Bezirken ein Gesicht. Kommunen und ihre Unternehmen geben jeden Tag sehr konkrete Antworten.

Das bedeutet aber auch, dass die Kommunen in die Lage versetzt werden müssen, ihre Aufgaben wirtschaftlich wahrnehmen zu können. Kommunen und kommunalwirtschaftliche Unternehmen müssen ausreichend Handlungsspielräume zur Bewältigung ihrer Aufgaben haben. Es bedarf eines modernen Verständnisses von Daseinsvorsorge. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von ihren Kommunen und kommunalen Unternehmen in Zukunft mehr als ausschließlich die Versorgung mit Bildung, Strom, Wärme, Gas, Wasser, Mobilität oder die Entsorgung von Abfällen und Abwässern. Sie erwarten eine moderne, digitale Verwaltung. Sie erwarten multimodale Verkehrsangebote und Vieles mehr. Damit nimmt die kommunale Ebene in Zukunft noch an Bedeutung zu. Dazu gehört auch die Kooperation untereinander und mit privatwirtschaftlichen Akteuren.

Annegret Kramp-Karrenbauer:

Es gibt ja Menschen, die sagen, es gibt die sogenannte große und kleine Politik und die Kommunalpolitik sei die kleine Politik. Ich halte von dieser Einschätzung gar nichts. Es gibt nur gute und schlechte Politik und Politik muss immer gut sein, auf allen Ebenen. Kommunalpolitik ist im Grunde genommen die erste und wichtigste Begegnung von Bürgerinnen und Bürgern mit dem Gemeinwesen, mit dem Staat. Ihr Bild vom Staat, ihr Bild von einem funktionierenden Gemeinwesen macht sich unmittelbar an der Frage fest, wie zum Beispiel vor Ort die Straßen aussehen, wie zum Beispiel vor Ort der Zustand der städtischen Gebäude ist, ob zum Beispiel vor Ort es ein gutes städtisches oder gemeindliches Gemeinwesen gibt. In diesem Sinne ist Kommunalpolitik eine Keimzelle von Politik, eine Keimzelle unseres Staates und muss deshalb immer auch in unserem Fokus stehen.

Jens Spahn:

Ohne Kommunalpolitik geht nichts. In den Städten, Dörfern und Gemeinden zeigen sich Sonnen- und Schattenseiten gesellschaftlicher Entwicklungen unmittelbarer und spürbarer als auf anderen politischen Ebenen. In den Kommunen entscheidet sich, ob Zusammenleben gelingen, die digitale Transformation gemeistert und Sicherheit gewahrt werden kann. Gerade in der Landes- und Bundespolitik sollte man meiner Meinung nach noch deutlicher auf die Lage, die Arbeit und die Herausforderungen der Kommunalpolitik schauen, damit man noch stärker voneinander lernen kann.

Ich stehe mit Bürgermeistern und Gemeinderäten in meiner Heimat regelmäßig im Austausch. Ihr Blick bereichert meine Arbeit hier in Berlin.

3. Wie stehen Sie zum Durchgriffsverbot des Bundes auf die Kommunen und zu echter Konnexität?

Friedrich Merz:

Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit. Diese stellt sich nicht dar als reine Lehre, sondern als ein immer komplexer werdendes Geflecht von eigenen kommunalen Aufgaben und solchen, die die Kommunen für Bund und Länder übernehmen. Dennoch, der Koalitionsvertrag sieht vor, dass es Grundsatz allen politischen Handelns ist, dass derjenige, der eine Leistung veranlasst auch für ihre Finanzierung aufkommen muss. Diese Auffassung teile ich. In diesem Zusammenhang sichert der Koalitionsvertrag zu, dass alle bisher kommunal entlastend wirksamen Finanzprogramme fortgeführt werden sowie zweck- und bedarfsgerecht angepasst werden.

Annegret Kramp-Karrenbauer:

Wir haben durch die letzten Föderalismusreformen eine klarere Aufgabentrennung zwischen Bund auf der einen Seite und Länder und mit ihnen den Kommunen auf der anderen Seite vereinbart. Das hat zu Klärungen von Prozessen geführt. Fakt ist aber auch, dass wir in einer komplexen Welt immer mehr Punkte haben, immer mehr Prozesse haben, in denen die politischen Entscheidungen des Bundes, der Länder und der Kommunen ineinandergreifen und dass wir ein Bedürfnis der Menschen haben, Ergebnisse zu sehen, unabhängig davon, wer für welche Ebene Verantwortung trägt. Deswegen müssen wir bei Beibehaltung der föderalen Strukturen dafür sorgen, dass wir ein vernünftiges Zusammenwirken zwischen Bund, Ländern und auch der kommunalen Ebene haben. Aus meiner Sicht im besten Sinne dadurch, dass wir Dinge, die wir gemeinsam auf den Weg bringen, wirklich auch als gemeinsame politische Entscheidung treffen und sie dann auf den Weg bringen. Problematisch ist es, wenn eine Ebene Entscheidungen trifft, bzw. Standards festlegt und die andere Ebene damit am Ende des Tages umgehen muss, bzw. die Kosten tragen muss. Um vor dieser Kostenüberlastung zu schützen, haben mittlerweile sehr, sehr viele Länder das Konnexitätsprinzip eingeführt.

Jens Spahn:

Ich stehe zum seit 2006 bestehenden Durchgriffsverbot des Bundes und halte es für einen Ausdruck unseres erfolgreichen Systems von Bundes-, Länder- und Kommunalebene. Ich halte ich es aber wichtig, Kommunen frühzeitiger als bisher als Partner und Experten in Entscheidungs- und Ideenprozesse auch auf Bundesebene einzubinden.

4. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Mittel des Bundes für die Kommunen dort ungekürzt und zusätzlich ankommen?

Friedrich Merz:

Finanzminister haben bisweilen klebrige Finger. Sie haben mich an Ihrer Seite, dass sich die Finanzminister der CDU auch in Zukunft an solchen Praktiken nicht beteiligen.

Annegret Kramp-Karrenbauer:

Die Frage, was an Mitteln, die der Bund zur Verfügung stellt, dann tatsächlich auch bei den Kommunen ankommt, ist eine Frage, die permanent zwischen den Ländern und ihren Kommunen, aber auch zwischen den Ländern und dem Bund diskutiert wird. In Zukunft müssen wir bei wichtigen Projekten vorher klare Vereinbarungen treffen, was wir gemeinsam wollen und uns bewusst machen, dass wir diese Ziele nur erreichen, wenn sich Bund, Länder und Kommunen gleichberechtigt diesen Zielen verpflichtet fühlen. Dazu ist es absolut notwendig, dass wir klare Konnexitätsregelungen haben und, dass wir auch klarstellen, welche Mittel für was gebraucht werden und wer diese Mittel braucht. Nur so können wir sicherstellen, dass die Dinge umgesetzt werden können. Ich bin der festen Überzeugung, dass ein Teil des Vertrauensverlustes, den wir zurzeit erleben, eben genau darauf beruht, dass wir bei vielen wichtigen Projekten zu sehr darüber diskutieren, wer welche Verantwortung trägt und wer was tun muss. Die Menschen interessiert das nicht, sie wollen von uns gemeinsame, durchgesetzte Lösungen haben. Das muss für die Zukunft unser Projekt sein und das muss für die Zukunft unsere Art und Weise der Zusammenarbeit sein.

Jens Spahn:

Mit der Abschaffung des Solidarzuschlags eröffnen sich neue Möglichkeiten, um über die Unterstützung der Kommunen mit Bundesmitteln neu nachzudenken und zugleich eine Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern zu gewährleisten. Die Schaffung eines „Fonds zur Sicherung und zum Ausbau der Infrastruktur des Bundes, der Länder und der Kommunen“, wie von den Kommunalpolitikern der Union vorgeschlagen, ist ein interessanter Vorschlag.

5. Wie wollen Sie Zuwanderer besser in unsere Gesellschaft eingliedern und was müssen Ihrer Meinung nach Kommunen leisten?

Friedrich Merz:

Die Kommunen stehen beim Thema Zuwanderung in der ersten Reihe. Dort entscheidet es sich, ob sie gelingt oder nicht. Die CDU darf keinen Zweifel daran lassen, dass in unserem Staat Recht durchgesetzt wird. Die Kommunen müssen personell und finanziell so ausgestattet werden, dass sie in der Lage sind, diese Aufgaben auch zu leisten. Das gelingt nicht immer und dies ist auch abhängig vom politischen Willen der Beteiligten.

Annegret Kramp-Karrenbauer:

Bei der Frage der Zuwanderer steht ganz am Anfang die Frage, wie klären wir den Zugang und wie führen wir die Verfahren schnell durch. Denn am besten ist es, wenn die Verteilung in die Kommunen und die Integration in den Kommunen erst dann beginnt, wenn auch klar ist, dass derjenige eine entsprechende Bleibeperspektive hat. Es muss beim Thema Integration aus meiner Sicht sehr viel stärker das Prinzip von Fördern und Fordern angewandt werden. Wir machen die Frage, wer, wann, welche Maßnahmen in Anspruch nehmen kann, sehr stark vom Aufenthaltsstatus abhängig. Bis das geklärt ist, gehen oft viele unproduktive Monate ins Land. Wir sehen in anderen europäischen Staaten, dass die Maßnahmen unmittelbar ansetzen, dass sie dafür aber auch sanktioniert werden. Das bedeutet, wenn jemand die angebotenen Hilfestellungen nicht in Anspruch nimmt, dann muss er mit Leistungskürzungen rechnen oder im schlimmsten Fall das Land auch wieder verlassen. Das Prinzip Fördern und Fordern hat sich bereits in anderen Bereichen als Grundprinzip bewährt, weshalb wir es auch viel stärker im Bereich der Integration anwenden müssen. Andere Einwanderungsländer haben gute Erfahrungen gemacht mit Integrationsverträgen, die insbesondere auch zwischen den Sitzgemeinden und dem Zuwanderer getroffen werden. Das bindet in die Gemeinschaft und sollte ebenfalls viel stärker in die Praxis umgesetzt werden. Den Kommunen kommt dabei eine ganz entscheidende Aufgabe zu: Sie sind nicht nur der Ort an dem die Menschen leben, sie sind für viele Familien der Ort an dem die Kinder die Kindertagesstätten und Grundschulen besuchen, sie sind der Ort an dem die Vereine sind, an dem Nachbarschaft gelebt wird. Deswegen spielen die Kommunen eine Hauptrolle bei der Integration. Dazu müssen sie aber auch entsprechend ausgestattet werden!

Jens Spahn:

Zunächst müssen wir eines deutlich machen: Ohne das Engagement und den schnellen Einsatz in den Kommunen hätten die Herausforderungen von 2015 nicht bewältigt werden können. Hier hätte die Bundesregierung aus meiner Perspektive noch früher für Anerkennung und Unterstützung sorgen müssen. Wichtig ist jetzt, dass der Bund auch weiterhin Kommunen und Länder bei den Migrationsaufgaben unter die Arme greift und wenn nötig, im Rahmen seiner Möglichkeiten, sein Engagement auch noch ausbaut. Ob Integration gelingt oder nicht, entscheidet sich in den Kommunen. Dort wird Zukunft gemacht.

Als CDU, als Land und auch als Kommunen müssen wir deutlich machen, wo für wir stehen und was uns wichtig ist. Unsere christlich-abendländische Kultur, unsere Traditionen, die Errungenschaften der europäischen Aufklärung, genauso der zivile Umgang miteinander im öffentlichen Raum und die Gleichberechtigung von Mann und Frau sind unveräußerliche Errungenschaften. Falsch verstandene Toleranz und Gleichgültigkeit gefährden unsere offene Gesellschaft. Für den Zusammenhalt im 21. Jahrhundert ist nötig, dass es klare Fixpunkte und eine gemeinsame Identität gibt, die endlich wieder ein Gemeinschaftsgefühl stiften.

Je globaler unsere Welt wird, desto wichtiger ist Zugehörigkeit und Konsens im Alltäglichen, desto wichtiger ist Heimat. Ein moderner Patriotismus, der nicht ausgrenzt, sondern zum Mitmachen einlädt, darf nicht länger ein Tabu-Thema sein.

6. Wie wollen Sie Recht und Ordnung insbesondere in der Migrationsfrage durchsetzen und damit das Vertrauen in den Rechtsstaat stärken?

Friedrich Merz:

Die Durchsetzung von Recht und Ordnung ist Teil der Exekutiven, nicht einer Partei und ihres Vorsitzenden. Es ist aber schon ein Unterschied, ob sich Polizisten darauf verlassen können, dass ihr oberster Dienstherr im Grundsatz hinter ihnen steht oder Polizei und Ordnungskräften skeptisch gegenübersteht. Die CDU ist Garant für einen starken und durchsetzungsfähigen Rechtsstaat.

Annegret Kramp-Karrenbauer:

Recht und Ordnung spielt gerade für die Migrationsfrage eine ganz, ganz große Rolle, denn nur sie sichert die Akzeptanz auch von Migration auf lange Sicht. Die erste Frage, mit der wir uns beschäftigen müssen, ist die Frage des Zugangs. Wir leben in einem Schengen-System mit offenen Binnengrenzen. Das wird auf Dauer nur funktionieren, wenn wir ein gesichertes Zugangsmanagement an den EU-Außengrenzen haben. Das muss aus meiner Sicht ein starker Bestandteil in unserem Europa-Wahlprogramm werden. Erste Schritte sind ja im Sommer schon festgelegt worden, die müssen jetzt aber entsprechend umgesetzt werden. Trotzdem bedarf es auch eines intelligenten Grenzmanagements im Inneren unseres Landes. Auch dazu haben wir im Sommer entsprechende Vorschläge beschlossen, etwa das Thema Transitzentren oder das Thema Schleierfahndung und Rückführungsabkommen. Die müssen jetzt allerdings auch schnell und konsequent in die Praxis umgesetzt werden. Wir brauchen eine schnelle Bearbeitungskette, damit bei den Anträgen ganz deutlich und ganz zügig klar wird, wer das Land wieder verlassen muss und wer hierbleiben kann. Wir brauchen eine konsequente Abschiebung und Rückführung, und zwar insbesondere bei denjenigen, die hier auffällig geworden sind, etwa durch Straftaten. Und wir brauchen eine schnelle und konsequent einsetzende Integrationsarbeit. Hierbei sind insbesondere die Kommunen wieder gefordert, da ein Hauptteil der Integrationsarbeit eben gerade vor Ort stattfindet.

Jens Spahn:

Anmerkung: Die Antworten für die folgenden beiden Fragen sind zusammengefasst, weil die Themen sehr eng zusammengehören.

Gerade vor Ort in den Kommunen wird jeden Tag deutlich: Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit sind die Basis für unsere freie Lebensart. Der Schutz dieser freien Lebensart ist ein Markenzeichen der CDU. Seit der Gründung unserer Partei stehen wir für Entfaltung der Persönlichkeit statt Gleichmacherei. Mehr als viele andere weiß ich aus eigener Erfahrung, wie wichtig und wertvoll dieses Gut ist. Ich möchte, dass wir das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürgern wieder ernster nehmen. Unserer Polizei, Feuerwehr, Bundeswehr und Justiz brauchen wieder mehr Anerkennung und Unterstützung von uns. Sicherheit im öffentlichen Raum muss oberste Priorität haben. Das war lange das Selbstverständnis der CDU und muss es wieder sein. Unsere Familien, Freunde und Nachbarn müssen sich auf uns verlassen können. Als ich 2015 gesagt habe, wir erleben eine Art Staatsversagen, haben mich viele kritisiert, das so klar zu benennen. Ich bin aber überzeugt: Nur wenn wir die Vergangenheit und Gegenwart ehrlich analysieren, wird man uns für die Zukunft vertrauen. Für mich heißt das auch, dass Kommunen bei nationalen Herausforderungen nicht überfordert werden, sondern frühzeitig in die Prozesse und Entwicklungen eingebunden werden.

7. Wie wollen Sie das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung stärken und welche Rolle gedenken Sie den Kommunen zu?

Friedrich Merz:

Das Sicherheitsgefühl der Menschen hängt von vielen Faktoren ab, gerade, weil es sich um ein Gefühl handelt, das etwa nicht mit den Aussagen der Kriminalitätsstatistik übereinstimmen muss. Konkret kann eine Kommune darüber entscheiden, wie stark und wie lange ein Weg durch einen Park beleuchtet wird, wie ein städtischer Platz so gestaltet wird, dass sich die Bürger dort wohl und sicher fühlen oder ob das Dorfgemeinschaftshaus zu einem kulturellen Treffpunkt wird. Das kostet auch Geld, lässt sich aber im Einzelfall gut begründen.

Annegret Kramp-Karrenbauer:

Durch meine langjährige Erfahrung als Innenministerin weiß ich: Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist für die Sicherheitspolitik genauso wichtig wie die objektiven Daten und Fakten, die wir etwa in den offiziellen Kriminalstatistiken sehen. Die Menschen fühlen sich nur dort sicher, wo sie eine Umgebung erleben, die für sie übersichtlich, geordnet und sauber ist, bei der sie auch die Präsenz von Sicherheitskräften sehen. Das ist Aufgabe der jeweiligen Polizeibehörden sowohl des Bundes, etwa insbesondere, wenn es um das Thema Bahnhöfe und Bahnhofsumfeld geht, der Landespolizeien, aber auch der kommunalen Ordnungskräfte. Ich persönlich habe gute Erfahrungen mit kommunalen Sicherheitspartnerschaften gemacht, wo auch unter Einsatz etwa von Videoüberwachung und klarer, miteinander abgestimmter Einsatzpläne von kommunalen Ordnungsdiensten, Landespolizeibehörden und Bundespolizei, ein Gesamtkonzept erstellt worden ist, um für die Bürgerinnen und Bürger höchstmögliche, auch sichtbare und erkennbare Sicherheit zu schaffen. Auch dies geht nur in einer guten Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Jens Spahn:

siehe Antwort Frage 6

8. Welche neuen technologischen Chancen sehen Sie und wie können die Menschen vor Ort davon profitieren?

Friedrich Merz:

Die Digitalisierung verändert schon heute unser Leben in vielfältiger Weise. Gerade ländliche Räume können durch gut ausgebauter digitale Infrastruktur an Attraktivität gewinnen, beispielsweise durch die Chance auf eine Erstberatung des Hausarztes per Video. Daseinsvorsorge entwickelt sich parallel mit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Dynamik. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben nicht umsonst keinen festgelegten Bereich kommunaler Aufgaben definiert. Eine neue Herausforderung und gleichzeitig kommunale Chance liegt in der Digitalisierung. Viele Gebietskörperschaften und kommunale Unternehmen haben sich bereits auf den Weg in diese neue Zukunft begeben.

Auch ländliche Räume brauchen 5G. 5G kann nicht regional beschränkt sein, auch wenn eine 5G-fähige Infrastruktur nicht von heute auf morgen flächendeckend entstehen kann.

Annegret Kramp-Karrenbauer:

Wir haben zurzeit 2.500 Verwaltungsleistungen in Deutschland. Wir haben gerechnet im Jahr 400 Mio. Stunden, die die Deutschen mit Behördenangelegenheiten verbringen. Unser Ziel muss es sein, dass erstens es in Zukunft weniger Verwaltungsleistungen sind und zweitens diese Verwaltungsleistungen im Endausbau von allen Bürgerinnen und Bürgern auch auf ihrem Endgerät genutzt werden können. Das ermöglicht es auch, dass örtliche Präsenz beibehalten werden kann und trotzdem Verwaltungsabläufe so – hinter den Kulissen – zusammengefasst werden können, dass wir über funktionale Reformen reden, aber eben nicht über Gebietsreformen. Denn wir wissen auch, dass Menschen, wenn sie sich zuhause fühlen wollen, auch vor Ort ihre Struktur, auch vor Ort ihre Ansprechpartner brauchen. Die neuen Technologien ermöglichen aber zudem, dass zum Beispiel in ländlichen Räumen Daseinsvorsorge betrieben werden kann. Heute ist es im ländlichen Raum so, dass man mit Blick auf den ÖPNV vielleicht ein- oder zweimal am Tag an einer zentralen Stelle einen Bus bekommt. Der Einsatz von Digitalisierung würde es zum Beispiel ermöglichen, ganz individuell entsprechende Taxen oder Kleinbusse ordern zu können, die besten Wegstrecken herausfinden zu können und damit gerade das Leben im ländlichen Raum attraktiv zu machen. Was am Ende des Tages aus meiner Sicht absolut notwendig ist, wenn wir eine Bundesrepublik Deutschland wollen, die überall blüht und die sich nicht damit zufrieden gibt, einige wenige Boom-Regionen zu haben und den Rest des Landes zur grünen Lunge werden zu lassen.

Jens Spahn:

Digitale Technologien können helfen, neue Brücken in unserer Gesellschaft zu bauen, zwischen Stadt und Land, Jung und Alt, Neuzugezogenen und Alteingesessenen. Es ist dabei die Aufgabe des Staates einen Rahmen zu schaffen, der ermöglicht, dass möglichst alle vom digitalen Wandel und Fortschritt profitieren. Zentral, gerade für Kommunen, ist eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet, einfache und niedrigschwellige Zugänge für alle Generationen und mehr Tempo bei der Digitalisierung unserer Behörden und Schlüsselinfrastruktur, beispielsweise bei der Verkehrssteuerung für Bahn und Auto oder den Behördengängen.

Im Gesundheitsbereich zeigt sich konkret, wie Technologie helfen kann, das Leben einfacher und besser zu machen. Beispielsweise bei der Vermittlung von Arztterminen im ländlichen Raum oder der Organisation von Transportmöglichkeiten zur nächstgelegenen Apotheke.

9. Wie wollen Sie die kommunalen Amts- und Mandatsträger besser in die innerparteiliche Willensbildung einbinden?

Friedrich Merz:

Wir müssen in der CDU noch stärker Debatten von unten nach oben führen. Dafür brauchen wir Experten aus allen Bereichen, auch aus den Kommunen. Wir brauchen Formate, die uns helfen, diese Debatten zu entwickeln und dann zu guten Entscheidungen zu kommen.

Annegret Kramp-Karrenbauer:

Gerade die kommunalen Amts- und Mandatsträger sind diejenigen, die vor Ort die unmittelbaren Erfahrungen mit den Auswirkungen machen, die zum Beispiel gesetzgeberische Entscheidungen auf der Bundes- und auf der Landesebene mit sich bringen. Sie einzubinden entspricht einem Gebot der Klugheit, denn sie sind für uns der beste Indikator dafür, was funktioniert und was nicht. Diese praktische Erfahrung ist unendlich wertvoll und deswegen brauchen wir eine starke KPV – wie wir auch andere starke Vereinigungen brauchen. Wir brauchen eine bessere Einbeziehung der kommunalen Praktiker in die Vorhabenplanung, in die Entwicklung von politischen Konzepten, Ideen und Lösungsansätzen, sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Dies geschieht schon im Rahmen von offiziellen Abstimmungsverfahren, aber die Partei ist genau der richtige Ort, um daraus eine in sich geschlossene und konsistente Politik der CDU zu machen. Und das ist am Ende des Tages das, was unsere Anhänger, was unsere Wählerinnen und Wähler von uns erwarten. Sie wollen wissen, was die CDU insgesamt als Antwort gibt. Und diese Antwort muss für alle Ebenen stimmen. Für den Bund, die Länder, aber eben auch und gerade für die Kommunen.

Jens Spahn:

Anmerkung: Die Antworten für die Fragen 9 und 10 sind zusammengefasst, weil die Themen sehr eng zusammengehören.

Ich sehe die Einbindung von kommunalen Amts- und Mandatsträgern als Teil eines neuen Erfolgsrezeptes für die CDU.

Zusammen können wir die Herausforderungen, die sich auch für unsere Partei stellen, bewältigen. Digitale Meinungsbildung, Mitgliederschwund und Überalterung stellen unsere Partei vor große Herausforderungen. Wir brauchen dringend eine ehrliche Überprüfung unserer Strukturen. Gleichzeitig hat unsere Organisationskraft als CDU in der Fläche abgenommen. Wo Ehrenamtliche die Arbeit der Mitgliederwerbung, Kassenführung oder Kommunikation nicht mehr leisten können, müssen wir professionelle Strukturen aufbauen: Weniger Zentrale, dafür mehr Mitarbeiter dort, wo Politik gemacht wird und Meinung entsteht. In den Kommunen. Die Parteizentrale braucht eine kompetente Datenabteilung, einen Social Media Newsroom, eine moderne Software für die Mitgliederdatei, ein gemeinsames System für Kontakte und Adressen, sinnvollere lokale Schulungen...

10. Wie wollen Sie mehr kommunale Amts- und Mandatsträger für die CDU gewinnen?

Friedrich Merz:

Wir brauchen in der Partei mehr Ideen, Profil und Überzeugungen. Die CDU muss offen sein auch für Seiteneinsteiger und Menschen, die im Beruf schon etwas geleistet haben. In unserer Gesellschaft ist ein Potenzial vorhanden, das wir gerade in den Städten und Gemeinden auch kommunalpolitisch noch viel stärker in Anspruch nehmen sollten. Wir brauchen die Besinnung auf eine Wertegemeinschaft. Dies ist das zentrale Fundament für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dazu gehört auch das Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung.

Annegret Kramp-Karrenbauer:

Es ist unzweifelhaft so, dass es heute viel schwieriger geworden ist, Menschen dazu zu bringen, sich kommunalpolitisch zu engagieren. Das hat etwas mit dem Zeitmanagement zu tun, aber auch damit, dass auch die Kommunalpolitik sehr viel komplexer geworden ist und mit Blick auf die Finanzsituationen auch von einer ganzen Reihe von Kommunen in Deutschland nicht immer nur Vergnügen mit sich bringt. Hier müssen wir durch Konzepte, die lange vor den Kommunalwahlen ansetzen, etwa die Konzepte von Zukunftswerkstätten, die Konzepte der Einbeziehung von fachkundigen Bürgerinnen und Bürgern, früh das Interesse für kommunalpolitische Fragen, auch schon im sogenannten vopolitischen Raum, wecken. Wir müssen diese Interessenten auch entsprechend mit ausbilden, müssen ihnen das Handwerkszeug in die Hand geben. Und wir müssen uns überlegen, wie wir die Ratsarbeit alleine vom Zeitmanagement, von der Art und Weise, wie sie angelegt ist, so gestalten, dass sie für Menschen, die Beruf und Familie haben und wenig Freizeit, nach wie vor attraktiv ist.

Jens Spahn:

Anmerkung: Die Antworten für die Fragen 9 und 10 sind zusammengefasst, weil die Themen sehr eng zusammengehören.

...Unsere Veranstaltungen sind oft langwierig und umständlich. Ich will den Einsatz von elektronischer Abstimmung, Videokonferenz und eine Begrenzung der Sitzungszeit. Das macht unsere Arbeit familienfreundlicher und alltags-tauglicher. Auf dieser Grundlage müssen wir die Teilhabe für Nicht-Mitglieder und die Ansprache junger Neumitglieder ausbauen und auch Ideen entwickeln, um mehr Frauen für unsere Arbeit zu begeistern. Hier bleiben Potentiale tausendfach ungenutzt.



Kommunalpolitische Vereinigung von CDU und CSU

Tim-Rainer Bornholt (V.i.S.d.P.)

Hauptgeschäftsführer

Klingelhöferstraße 8

10785 Berlin

t. 030 22070-470

f. 030 22070-479

E-Mail: info@kpv.de

www.facebook.com/BundesKPv/

Foto: Bernhardt Link